

## INTERNATIONALES KONFLIKT- & KRISENMANAGEMENT

Die zweite und dritte Runde der trilateralen Astana-Gespräche zwischen Russland, Türkei und dem Iran ergaben keine Fortschritte. Zwar einigte man sich über einen Mechanismus zur Beobachtung der Waffenruhe, allerdings überschatteten darauf folgende Waffenstillstandsverletzungen die weiteren Verhandlungen. Auch wenn erstmals seit drei Jahren Regime und Opposition im Rahmen der Genf-IV Friedensgespräche im März an einem Tisch saßen, kam es zu keinem Durchbruch. Das Regime setzte Terrorbekämpfung als neues Thema auf die Tagesordnung künftiger Verhandlungen. Die gesplittete Opposition hofft, dass Russland Druck auf das Regime ausübt und eine politische Transition in Syrien wieder Gegenstand von Verhandlungen wird.

Russland und China verhinderten durch ihr Veto im UN-Sicherheitsrat erneut Sanktionen gegen das syrische Regime wegen dessen Chemiewaffeneinsätzen. Der Wettlauf um die von

Kurden besetzte Stadt Manbidsch gerät immer mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Türkei verlangt den Abzug der SDF aus der Stadt, um die Etablierung einer Sicherheitszone zu vervollständigen, jedoch soll gemäß Premier Yıldırım kein türkischer Angriff ohne Koordination mit Russland und den USA erfolgen. Russland unterstützt die Übergabe von Manbidsch an das syrische Regime, bereits sechs umliegende Dörfer wurden an das Regime übergeben. Ziel ist es, eine Pufferzone zwischen der türkisch unterstützten FSA und den kurdisch dominierten SDF zu schaffen. Sowohl Russland als auch die USA stationierten Soldaten in und um Manbidsch. Als Pendant zur US-Ausbildungsinitiative von YPG-Einheiten, unterzeichnete nun auch Russland einen Ausbildungsvertrag.

Einen weiteren Streitpunkt stellt die Rückeroberung der Hauptstadt des IS-Kalifates, Raqqa, dar. Die Türkei präsentierte

den USA zwei Pläne zur Rückeroberung ohne Beteiligung der PKK-dominierten SDF. Unterdessen lieferte die USA erstmals gepanzerte Fahrzeuge an die SDF und plant, neben den bereits 950 US-Marines in Nordsyrien, die Stationierung zusätzlicher 1000 Soldaten.

Mitte März ereignete sich ein militärisch gravierender Zwischenfall zwischen Israel und Syrien. Israel bombardierte mehrere Ziele, syrischen Angaben zufolge auch Palmyra. Das syrische Regime reagierte mit dem Beschuss der israelischen Kampfjets und einem Raketenabschuss auf israelisches Gebiet, welcher umgehend durch eine israelische Luftabwehr rakete abgewandt wurde. Syrien behauptete, einen Jet getroffen zu haben, Israel verneinte dies. Auch Russland scheint über den Eingriff Israels verärgert, zumal in Palmyra auch russische Soldaten stationiert sind.

## INNENPOLITISCHE DYNAMIK

Präsident Baschar al-Assad verabschiedete ein Gesetz zur Verlängerung der Amnestie-Verordnung (Nr. 15 - 2016) bis Ende Juni 2017, welches eine Amnestie für bewaffnete Personen gewährt, die sich selbst und ihre Waffen den Exekutivorganen übergeben. Die Verordnung schließt auch Entführer, die ihre Gefangenen freilassen, ein. Im Rahmen eines Evakuierungsabkommens mit der Regierung stimmten Rebellen mit ihren Familien zu, den Al-Waer-Bezirk, die letzte Rebellen-Hochburg in Homs, zu verlassen und nach Nord-Syrien verlegt zu werden. Diese Evakuierungsabkommen, welche die Regierung als „Versöhnungsvereinbarungen“ bezeichnete, wurden in den letzten Monaten vermehrt zur Befreiung der von Rebellen belagerten Gebiete genutzt.

Präsident Assad betonte mehrmals die Entschlossenheit seiner Regierung, das gesamte Staatsgebiet zu kontrollieren und bezeichnete alle ausländischen Truppen, die sich in Syrien ohne Einladung oder Erlaubnis aufhielten als „Eindringlinge“, seien es

Truppen amerikanischer, türkischer oder anderer Nationalität. Das syrische Außenministerium forderte zudem den UN-Sicherheitsrat auf, den Abzug türkischer Truppen zu erzwingen. Darüber hinaus betonte die Parlamentssprecherin, Hadiyeh al-Abbas, dass die Ausarbeitung der syrischen Verfassung einen Akt der absoluten Souveränität darstelle und einzig das syrische Volk die Verantwortung trage.

Unterdessen genehmigte das syrische Kabinett den Projektentwurf eines nationalen Programms für die Nachkriegszeit, welches Pläne für Syriens Wirtschafts- und Sozialsektoren, den Aufbau von Institutionen, die Modernisierung der Infrastruktur sowie Pläne zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung umfasst.

Trotz der zunehmenden Macht der Kurden in Nordsyrien eskalierten in den letzten Wochen die innerkurdischen Rivalitäten und äußerten sich in Verhaftungen von Mitgliedern der Yekiti Partei durch die dominierende Partei PYD.

## MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGEN

In der Provinz Aleppo wurde Mitte Februar die Stadt al-Bab durch von der Türkei unterstützte Truppen eingenommen. Um den türkischen Vormarsch Richtung Raqqa zu stoppen, stießen Kräfte des Regimes an den Euphrat vor und bildeten so eine direkte Front mit den SDF südöstlich von Manbidsch. In diesem Drei-Fronten-Gebiet kam es zu einzelnen Gefechten zwischen den SDF, den von der Türkei unterstützten Rebellen und Kräften des syrischen Regimes. Weiter östlich marschiert die SDF von Norden her auf Raqqa und hat an einigen Stellen bereits den Euphrat erreicht und die Verbindungsstraße von Raqqa Richtung Osten eingenommen. Die SDF werden dabei von US-Truppen unterstützt.

Bei einem US-Luftangriff wurde in der Provinz Aleppo eine Moschee bombardiert und zahlreiche Zivilisten während des Abendgebets getötet. Ziel des Angriffs sei ein nahegelegenes Treffen der

al-Qaida gewesen. Truppen des syrischen Regimes starteten eine erneute Offensive auf Palmyra. Regimekräfte nahmen mit der Unterstützung russischer Militärs die Stadt zum zweiten Mal ein. Im Süden des Landes kam es zu Gefechten zwischen Hayat Tahrir al-Scham und Truppen des Regimes.

Ab Mitte März kam es nach einem Doppelanschlag in Damaskus zu heftigen Kämpfen zwischen denselben Gruppen. Pro-Regimekräfte flogen Luftschläge und beschossen mehrere von der Opposition gehaltene Gebiete in Ghouta trotz einer durch Russland eingeleiteten Waffenruhe. Daraufhin antwortete die Dschaisch al-Islam-Miliz mit heftigen Gegenangriffen im Osten der Qalamoun Berge. Ost-Ghouta wird seit längerem belagert und zehntausende Menschen sind dort nach wie vor eingeschlossen. Damaskus erlebt aktuell die schwersten Kämpfe seit 2 Jahren.

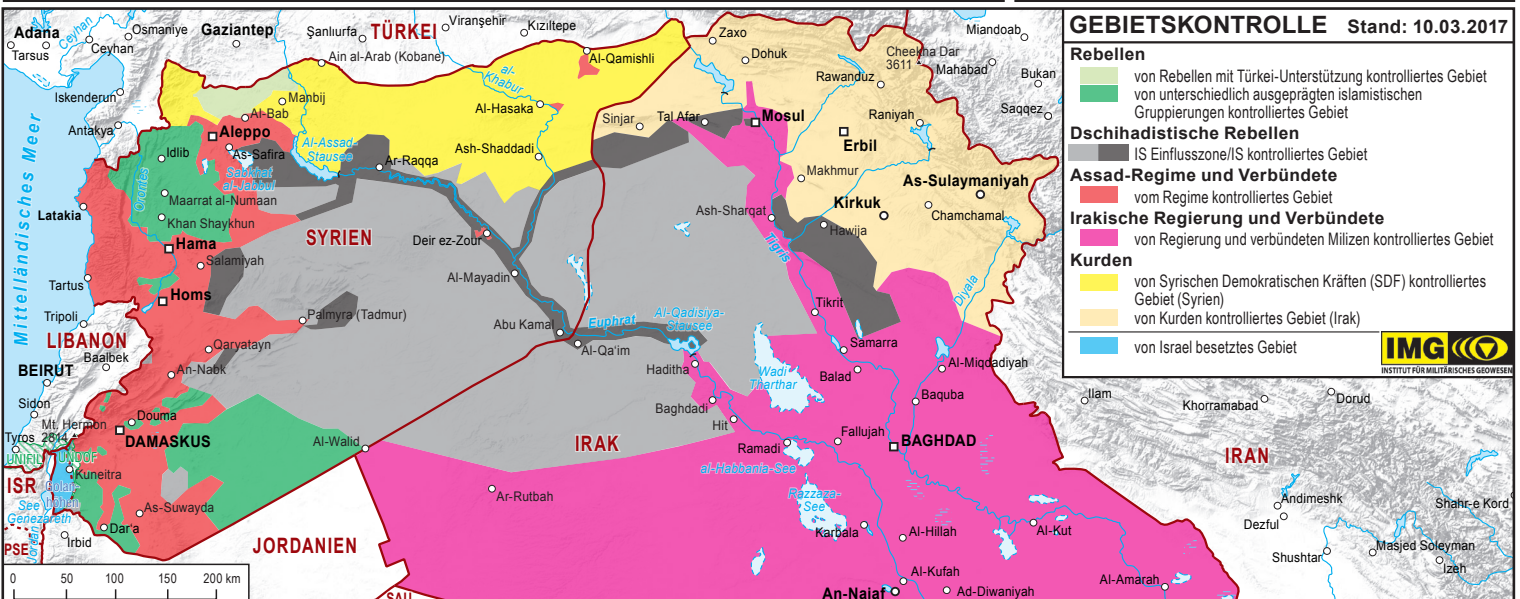
## HUMANITÄRE LAGE

Die VN veröffentlichten einen Bericht, der bei der Schlacht um Aleppo Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten feststellte. Der Allianz rund um das Regime wird vorgeworfen, in Aleppo Chlogras und Streumunition gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt, sowie zivile Einrichtungen und einen Hilfskonvoi westlich von Aleppo bombardiert zu haben. Der Gegenseite wird vorgeworfen, ebenso willkürlich zivile Gebiete beschossen, Menschen an der Flucht gehindert und Hilfsgüter zurückgehalten zu haben. Im Zuge der Schlacht um al-Bab flohen ca. 60.000 Menschen aus der Region, die Meisten nach Manbidsch. In der Provinz Idlib exekutierten Mitglieder der Gruppe Liwa al-Aqsa im Februar über 100 Gefangene anderer bewaffneter Gruppen.

Die Wasserversorgung von Damaskus wurde wieder sichergestellt. Seitens der VN wurden Anschuldigungen laut, dass die Wasserinfrastrukturanlagen im Wadi Barada von syrischen Jets absichtlich beschossen und zerstört worden waren. In Ost-Ghouta, einem Vorort von Damaskus, wurden in den ersten drei Februarwochen vier Chlograsangriffe seitens des syrischen Regimes nachgewiesen. Mitte Februar gab CENTCOM zu, im November 2015 mit Uran angereicherte Munition im syrisch-irakischen Grenzgebiet gegen den IS eingesetzt zu haben.

Der IS evakuierte Frauen und Kinder aus Raqqa. Berichten zufolge wurde Männern die Flucht verwehrt. Inzwischen wurden Flüchtlingsströme innerhalb des IS-Gebietes Richtung irakische Grenze wahrgenommen. In dem vom Regime belagerten al-Waer-Bezirk, nördlich von Homs, wurde zunächst einem Hilfskonvoi der Zutritt verwehrt, danach fielen Schüsse in eine Menschenmenge rund um diesen. Die letzte humanitäre Hilfe von außen erreichte al-Waer im Oktober 2016.

Die Türkei führte den Mauerbau entlang der syrischen Grenze fort. Durch die Eindämmung des Schmuggels ist mit verstärkten Versorgungsschwierigkeiten in den Flüchtlingslagern an der Grenze zu rechnen.



QUELLEN ISW, SOHR, CENTCOM, AGATHOCLE DE SYRACUSE, PIETTERVANOSTAEEYEN, MEDIENANALYSE AUFBEREITUNG IFK (RUPP, MOTIE, FUSSI) LAYOUT REF III/Medien, IMG

## INTERNATIONALES KONFLIKT- & KRISENMANAGEMENT

In den letzten Wochen erfolgte ein verstärkter diplomatischer Austausch zwischen schiitisch irakischen Politikern und sunnitisch arabischen Staaten, wo unter anderem die „Wiederherstellung der arabischen Rolle“ des Iraks diskutiert wurde. Besonders Saudi Arabien, Kuwait, Jordanien und allgemein die Arabische Liga versuchten, ihren Einfluss im Irak wiederzugewinnen und gleichzeitig das Gewicht des Iran auszugleichen, insbesondere im Kontext einer Post-IS-Ordnung im Irak. Saudi Arabien entsandte erstmals seit 1990 seinen Außenminister zu Gesprächen nach Bagdad und plant die Wiederherstellung der saudisch-irakischen Beziehungen durch einen neuen saudischen Botschafter. Unterdessen schloss Teheran mit der irakischen Führung einen Vertrag für den Export von Erdöl aus Kirkuk. Auch Russland weitet seine militärischen und wirtschaftlichen Kooperationen aus und schloss einen Ölfördervertrag zwischen der russischen Ölgesellschaft Rosneft mit der kurdischen Regionalregierung.

Premier Abadi diskutierte im Rahmen seines US-Besuchs bei Präsident Trump über die anhaltende Unterstützung im Kampf gegen den IS sowie über vertiefende wirtschaftliche Kooperationen im Energiesektor und finanzielle Reformen mit dem IWF.

Der IS geriet unterdessen in seinen letzten Hochburgen Mossul und Raqqa zunehmend unter Druck und verstärkte zur Ablenkung seine globale Terrorstrategie. So griff der IS in den letzten Wochen den irakisch-jordanischen Grenzübergang Trebil an und zielt darauf ab, den Nachbarstaat zu schwächen. Zusätzlich verübte der IS Anschläge in Algerien und es gab versuchte Anschläge in Westeuropa.

Für Aufregung sorgte zudem der erste IS-Anschlag in Indien. In der letzten Ausgabe des Propagandamagazins Rumiyah nannte der IS erstmals Namen österreichischer Imame, welche aufgrund ihres Unglaubens ermordet werden sollen.

## INNENPOLITISCHE DYNAMIK

Tausende Anhänger der Sadr-Bewegung nahmen an Demonstrationen vor der Grünen Zone im Zentrum Bagdads teil. Sie forderten Änderungen an der unabhängigen Wahlkommission und dem Wahlgesetz, als Vorbereitung auf die im April 2018 stattfindenden Parlamentswahlen. Sie warfen der Kommission Korruption und Parteinahme durch den ehemaligen Premierminister Nouri al-Maliki vor, der Berichten zufolge die Rückkehr als Ministerpräsident plane. Darüber hinaus repräsentiere das Wahlgesetz laut Kritikern nicht das vollständige politische und soziale Gefüge des Irak. Sicherheitskräfte antworteten mit dem Einsatz von Tränengas und scharfer Munition, als Demonstranten versuchten die Grüne Zone zu betreten. Der Gouverneur von Bagdad, Ali al-Tamimi, erklärte, dass vier Demonstranten getötet und 320 verletzt wurden. Ministerpräsident Haider al-Abadi und Präsident Fuad Masoum ordneten eine vollständige Untersuchung der Gewalttaten an. Unterdessen erklärte Regierungssprecher Salim al-Juburi, dass die Ausarbeitungen für ein neues Wahlgesetz in Vorbereitung auf die im April 2018 stattfindenden Parlaments- und Provinzwahlen bereits begonnen haben.

Die Führung der autonomen Region Kurdistan begrüßte die jüngsten Proteste in Bagdad. Kurdenpräsident Massoud Barzani kündigte zudem ein Referendum über die Unabhängigkeit Kurdistans an. Dessen Ergebnis wäre nicht rechtsverbindlich, sondern würde lediglich eine politische Botschaft an die irakische Zentralregierung senden. Hinweise über das Datum des Referendums blieben aus.

Angesichts der wachsenden innerkurdischen Rivalitäten besuchte Ministerpräsident Abadi Kurdenpräsident Barzani und die führende Persönlichkeit der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), Jalal Talabani. Dieser ungewöhnliche Besuch des Ministerpräsidenten zeigte, wie sehr die innerkurdischen Spannungen im Nordirak die territoriale Integrität des gesamten Landes bedrohen könnten.

## HUMANITÄRE LAGE

Unbestätigten Medienberichten zufolge beschoss der IS den Ostteil Mossuls mit Chlorgasraketen. Während der Schlacht um Mossul kam es zwischen dem IS und irakischen Sicherheitskräften (ISF) auf beiden Seiten zu Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, besonders in Bezug auf verwendete Waffen. Seit Beginn der Kämpfe im Westteil flohen mehr als 200.000 Menschen, rund ein Viertel der verbliebenen Bevölkerung, aus der Stadt, davon 40.000 alleine in der ersten Märzwoche. Schrittweise kehrte die Bevölkerung in den befreiten Ostteil zurück. Unterdessen soll der IS in der Provinz Kirkuk neun Menschen, darunter auch Kinder, verbrannt haben, als Strafe für ihre versuchte Flucht aus dem IS-Kalifat.

Die IDP-Lager in der Umgebung Mossuls erreichten die Grenze ihrer Kapazitäten. Im bereits befreiten Ostteil von Mossul sprach das UN-Nothilfepüro von Engpässen bei der Versorgung. Am 15. Februar zogen die Vereinten Nationen (VN), nachdem sich ein Selbstmordattentäter im Osten Mossuls in die Luft

gesprängt hatte, ihre Hilfskräfte kurzzeitig aus der Stadt ab. Im Rahmen der Mossul-Offensive kam es zu mutwilligen Zerstörungen einiger Dörfer, was aus militärischer Sicht nicht notwendig gewesen wäre. Des Weiteren mehrten sich Berichte über die willkürliche Festnahme von aus Mossul geflohenen Männern durch die ISF und diverse verbündete Milizen, trotz bestehender Sicherheitsüberprüfungen. Außerdem kam es in der Schlacht zu Misshandlungen der Stadtbewohner von Seiten der irakischen Armee und diverser Milizen.

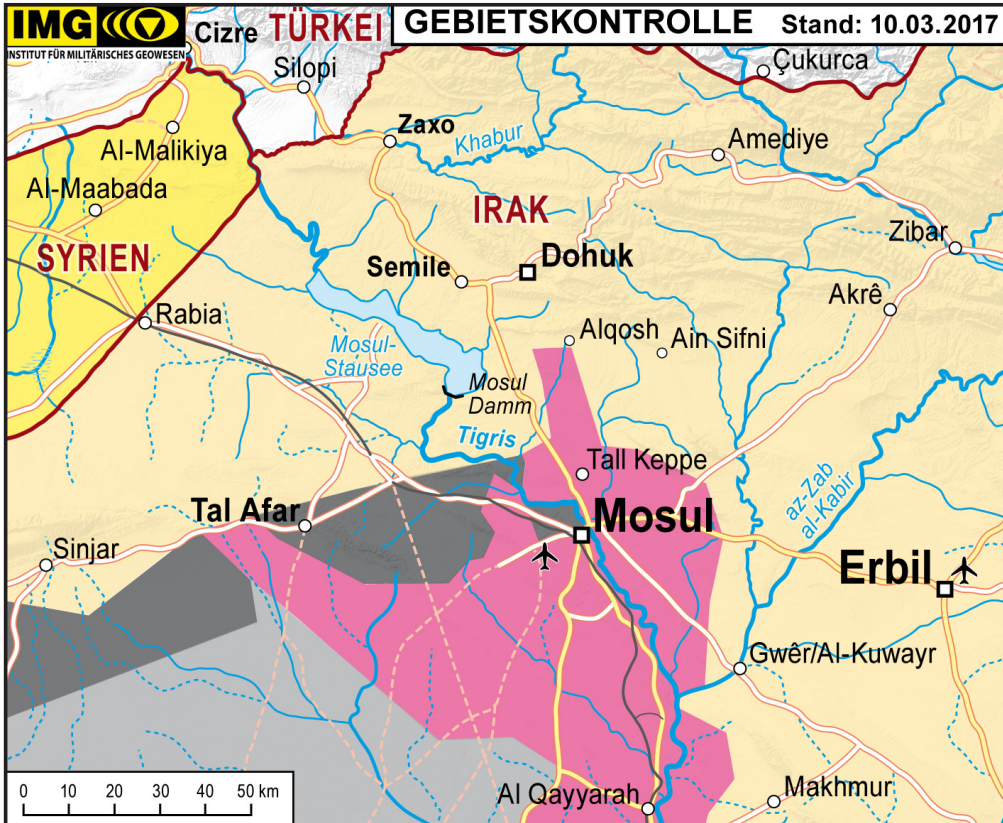
Bei einer Demonstration in Erbil nahmen kurdische Sicherheitskräfte 32 unbewaffnete Demonstranten fest. Die Mehrheit wurde entlassen, mit Ausnahme von sechs Türken und Syrern. Human Rights Watch berichtete von knapp 1300 Menschen, die von der irakischen Regierung verdächtigt werden, dem IS nahe zu stehen und ohne Anklage in drei verschiedenen Gefängnissen unter menschenunwürdigen Bedingungen in Qayyarah und Hammam al-Alil festgehalten werden.

## MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGEN

Die ISF nahm nach eigenen Angaben bereits rund 50% von Westmossul ein. Die IS-Kämpfer wurden eingekesselt und stehen bis zur syrischen Grenze massiv unter Druck. Anfang März wurden unter anderem der internationale Flughafen von Mossul, der Ghazlani Militärstützpunkt und das Ninewa Regierungszentrum, sowie zahlreiche Dörfer zurückerobert. Der IS eröffnete als Gegenreaktion die Front in Tikrit und Baidshi. Einheiten des irakischen Counter-Terrorism Service, der Emergency Response Division und der Federal Police konnten ebenso signifikante Fortschritte aus dem Süden erzielen und in Richtung Zentrum vorstoßen. Im Kampf um die Altstadt stießen die Einheiten immer wieder auf heftigen Widerstand u.a. durch Heckenschützen und Granatwerfer des IS.

Auch das schlechte Wetter der vergangenen Wochen erschwerte Fortschritte. Rund 600.000 Zivilisten sind noch in der Stadt eingeschlossen und werden als menschliche Schutzschilder missbraucht. Die professionellsten Einheiten des IS sollen sich in der umkämpften Altstadt befinden. Diese bestehen laut Angaben des leitenden Kommandanten der Offensive zum Großteil aus ausländischen Kämpfern. Diese sind neben Tschetschenen auch Saudis, Tunesier, Pakistanis, Deutsche, Franzosen, Amerikaner und Kanadier. In der umstrittenen Region um Tal Afar gab es seitens der irakischen Volksverteidigungseinheiten (PMU) nur kleine Erfolge, geprägt von ständigen Unterbrechungen.

Die größte Herausforderung im Kampf um die letzten Stellungen des IS im Irak stellt weiterhin die politische Situation dar. Die hohe Präsenz an schiitischen Einheiten in der Provinz Ninewa und die bevorstehende Einnahme der sunnitisch/schiitisch-turkmenischen Stadt Tal Afar durch schiitische Milizen erhöht das Risiko sektiererischer und ethnischer Konflikte. Irakische Luftstreitkräfte flogen mit Genehmigung des syrischen Regimes auch erstmals Luftschläge gegen IS-Ziele in Syrien, rund um die Grenzstadt Abu Kamal.



QUELLEN ISW, SOHR, CENTCOM, AGATHOCLE DE SYRACUSE, PIETTERVANOSTAEYEN, MEDIENANALYSE AUFBEREITUNG IFK (RUPP, MOTIE, FUSSI) LAYOUT REF III/Medien, IMG